

Thema der Woche

„Keine neuen Belastungen für den Mittelstand!“

Wirtschaftskammer Wien-Präsidentin Brigitte Jank spricht sich einmal mehr gegen die Einführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern aus. Sie würden bereits mittelständische Unternehmen treffen und Betriebe und Unternehmer schwächen.

VON GABRIELE KOLAR

„Österreich hat sich in den Jahren der internationalen Wirtschaftskrise sehr gut geschlagen. Das ist vor allem unseren mittelständischen Unternehmen zu verdanken, die wesentlich zu Wachstum und zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen haben“, sagt Wirtschaftskammer Wien-Präsidentin Brigitte Jank. „Der Mittelstand schafft Beschäftigung und Wohlstand, soziale Sicherheit und Aufstiegschancen. Daher muss man auch dafür Sorge tragen, dass der Mittelstand nicht weiter belastet wird.“

Mittelstand als Motor der Wirtschaft

Jank spricht sich daher klar gegen die Einführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern aus. „Die als Reichensteuern titulierten Abgaben würden in erster Linie Unternehmer treffen - und hier bereits auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, so Jank. „Genau diese KMU schaffen aber die meisten Arbeitsplätze in Österreich, stehen für Unternehmerteilgeist und Innovationen. Der Mittelstand macht unser Steuer-, Sozial- und Gesellschaftssystem so stabil wie es ist. Ihm muss die Politik den Rücken stärken und nicht weitere Abgaben aufbürden“, erklärt Jank.

Das sieht auch Wolfgang Lusak, Managementberater, Coach und Mitbegründer der Lobby der Mitte, so. „Österreichs Wirtschaft wird von rund 400.000 kleinen und mittleren Unternehmen getragen. Sie repräsentieren 99,7 Prozent der Betriebe und sind für einen Großteil der Arbeitsplätze, Umsätze und Wertschöpfung in Österreich verantwortlich. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Familienbetriebe, die eine Einheit von Eigentum, Leitung, Haftung und Risiko darstellen“, so Lusak.

In einer von Lusak beauftragten österreichweiten Gallup-Befragung vom Dezember 2012

zählten sich 68 Prozent der 1000 Befragten zum Mittelstand. „Wir haben gefragt, wer sich zu



„Vermögenssteuern kosten selbst kleine Betriebe bis zu 6300 Euro pro Jahr.“

Brigitte Jank,
Präsidentin WK Wien

den Werten Leistung, Eigentum, fairer Wettbewerb und Nachhaltigkeit bekennt“, so Lusak. 92 Prozent hielten die mittelständi-

sche Wirtschaft für sehr wichtig bzw. eher wichtig. 80 Prozent trauten kleinen und mittelständischen Unternehmen am ehesten zu, Österreich aus der Krise zu bringen. Zum unternehmerischen Mittelstand zählt Lusak Start-ups und dynamische Ein-Personen-Unternehmen ebenso wie KMU. Auch die Mittelstandsdefinition der Europäischen Union (EU) umfasst Kleinstunternehmer mit 0-9 Beschäftigten, Kleinunternehmer mit 10 bis 49 Mitarbeitern und Mittlere Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten. Dass die Bedeutung dieses unternehmerischen Mittelstandes für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität europaweit groß ist, hat auch die EU erkannt. Sie hat 2008 unter dem Motto „Vorfahrt für KMU“ den „Small Business Act“ vorgelegt (siehe Kasten unten). „Zu den mittelständischen

DER SMALL BUSINESS ACT DER EUROPÄISCHEN UNION

- Es soll ein Umfeld entstehen, in dem sich Unternehmer und Unternehmen in Familienbesitz entfalten können und in dem sich unternehmerische Initiative lohnt.
- Rechtschaffene Unternehmer, die insolvent geworden sind, sollen rasch eine zweite Chance bekommen.
- Regelungen sollen nach dem Prinzip „Vorfahrt für KMU“ gestaltet werden.
- Öffentliche Verwaltungen sollen verstärkt auf die Bedürfnisse von KMU eingehen.
- Politische Instrumente sollen KMU-gerecht gestaltet werden, so dass KMU leichter an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen und staatliche Beihilfen besser nutzen können.
- Für KMU soll der Zugang zu Finanzierungen erleichtert und ein rechtliches und wirtschaftliches Umfeld für mehr Zahlungsdisziplin im Geschäftsleben geschaffen werden.
- KMU sollen dabei unterstützt werden, stärker von den Möglichkeiten des Binnenmarktes zu profitieren.
- Weiterqualifizierungen und alle Formen von Innovation sollen auf der Ebene der KMU gefördert werden.
- KMU sollen in die Lage versetzt werden, Umweltprobleme in Geschäftschancen umzuwandeln.
- KMU sollen ermutigt werden, vom Wachstum der Märkte zu profitieren und dafür Unterstützung erhalten.

Vermögens- und Erbschaftssteuer trifft den Mittelstand

Beispiel: **Mittelständisches Unternehmen im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung**

Jahresumsatz: 4 Millionen Euro
Ergebnis vor Ertragssteuern: 0,1 Millionen Euro
Eine Immobilie im Betriebsvermögen
Reinvermögen: 2,5 Millionen Euro

Vermögenssteuer-Annahmen:

Steuergrenze 1 Million Euro, Steuersatz 0,3 Prozent
Zusätzliche Steuerbelastung: 4500 Euro
Steuergrenze 0,5 Million Euro, Steuersatz 0,3 Prozent
Zusätzliche Steuerbelastung: 6000 Euro
Steuergrenze 1 Million Euro, Steuersatz 0,7 Prozent
Zusätzliche Steuerbelastung: 10.500 Euro
Steuergrenze 0,5 Million Euro, Steuersatz 0,7 Prozent
Zusätzliche Steuerbelastung: 14.000 Euro

Erbschaftssteuer-Annahmen:

Steuerpflicht ab 1 Million Euro, Steuersatz 13 Prozent
Zusätzliche Steuerbelastung: 195.000 Euro
Steuerpflicht ab 150.000 Euro, Steuersatz 13 Prozent
Zusätzliche Steuerbelastung: 305.500 Euro

Quelle: KMU Forschung Austria



Waldhäusl / allOver / TPH

Die Berechnungen der KMU Forschung Austria zeigen: Auch mittelständische Unternehmen mit Betriebsgebäuden, Fuhrpark oder Lagerbeständen wären von einer neuen Vermögenssteuer betroffen.

Werten gehört auch der Aufbau und Erhalt von Eigentum. Eine weitere Besteuerung der Substanz, des Vermögens führt unweigerlich zu einer Schwächung des Mittelstandes bis hin zur existenziellen Bedrohung der mittelständischen Unternehmensstrukturen und ihrer Arbeitsplätze“, betont auch **Lusak**.

Wie hoch diese Belastung ausfallen würde, hat die KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer berechnet (siehe Beispiel oben).

„Mehrfachbesteuerung ist unseriös“

„Im Zusammenhang mit der Einführung einer Vermögenssteuer werden immer wieder die Schlagworte Gerechtigkeit, Umverteilung und Reichensteuer bemüht. Das ist grober Unfug! Es ist nicht gerecht, Leistung im Hochsteuerland Österreich noch weiter zu belasten. Bei der Um-

verteilung stehen wir bereits an der Spitze Europas. Und von Substanzsteuern betroffen ist vor allem der unternehmerische Mittelstand, der ein Leben lang arbeitet, um sich in Eigenverantwortung etwas aufzubauen - auch für die Pension“, stellt Jank klar.

Eigentum zu schaffen, gehöre zum unternehmerischen Credo und trage zum gesellschaftlichen Wohlstand bei. „Beim Aufbau dieses Eigentums wird bereits reichlich Steuer eingehoben, auch der Ertrag aus Vermögen wird besteuert. Das schon besteuerte Eigentum dann nochmals mit Substanzsteuern zu belasten, ist unseriös und würde unsere Betriebe schwächen“, so Jank.

Zu denken geben sollte laut Jank auch die Tatsache, dass Österreichs KMU bei den Umsatzerlösen noch im europäischen Spitzenfeld liegen, bei der Bruttowertschöpfung jedoch auf knapp über den Durchschnitt zurückfallen. Ursache dafür seien höhere Belastungen der

österreichischen Betriebe durch bürokratischen Aufwand, höhere Lohn- und Lohnnebenkosten und damit Lohnstückkosten. „Die von der Politik zu setzenden Schritte müssen daher in Richtung Entlastung der Leistungsträger gehen“, erklärt Jank.

Erbschaftssteuer belastet Firmenübergaben

Eine klare Absage erteilt Jank auch dem Ansinnen, Erbschafts- und Schenkungssteuern wieder einzuführen. „Die Entrichtung einer Erbschaftssteuer kann Familienunternehmen in Finanzierungsschwierigkeiten bringen, und deren Fortführung erschweren, sowie Investitionen behindern“, sagt Christian Keuschnigg, Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS). Bei einer Erbschaftssteuerpflicht ab 150.000 Euro - wie sie bereits angedacht wurde - würden auch schon kleinere Betriebe mit zigtausend Euro belastet

(siehe auch Beispiel oben). „Eine Erbschaftssteuer würde Firmenübergaben massiv erschweren und in manchen Fällen unmöglich machen“, warnt Jank.

Vermögens- und Erbschaftssteuern widersprechen laut Jank auch dem Grundsatz, dass ein Steuersystem einfach, effizient und fair sein sollte. Denn Vermögens- und Erbschaftssteuer würden nicht nur zu einer Mehrfachbesteuerung führen, sondern auch enormen bürokratischen Aufwand schaffen: Nicht gehandelte Vermögensgegenstände müssten laufend zu aktuellen Marktwerten bewertet werden.

„Unsere Betriebe brauchen weniger bürokratische Belastungen und Auflagen, mehr steuerliche Anreize für Investitionen und die faire Chance, ihre Eigenkapitalquote weiter steigern zu können, damit sie in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten gut bestehen. Neue Steuern tragen mit Sicherheit nicht dazu bei“, so Jank. ■